

Berliner Tageblatt

Nr. 213

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Das amtliche Wahlergebnis.

Die Stärke der Parteien.

Ergänzt nach den bis Dienstag, 6. Mai, mittags eingegangenen Meldungen.

Es haben erhalten: Sozialdemokratie 5 973 770 Stimmen (100 Mandate, 80 Kreisfraktionen, 20 durch Verrechnung in Verbindung mit Reichstagswahlkreisen), Zentrum 3 899 022 Stimmen, 65 Mandate (52 und 13), Deutsche Volkspartei 2 642 849 Stimmen, 44 Mandate (30 und 14), Deutschnationale 1 575 609 Stimmen, 96 Mandate (80 und 16), Demokraten 1 657 451 Stimmen, 28 Mandate (9 und 19), Bayerische Volkspartei 941 982 Stimmen, 16 Mandate (14 und 2), Kommunisten 3 712 001 Stimmen, 62 Mandate (42 und 20), Bayerischer Bauernbund 683 093 Stimmen, 10 Mandate (8 und 7),

Deutscher-Bannerverein 318 451 Stimmen, 5 Mandate (4 und 1), Unabhängige 240 172 Stimmen, Bund der Gelehrten 58 880 Stimmen, Christlichsozialer Bund 124 800 Stimmen, Deutsche Arbeiterpartei 36 130 Stimmen, Deutschnationale Partei 258 336 Stimmen, 4 Mandate (0 und 4), Freiwirtschaftsbund 36 122 Stimmen, Häuser-Bund 23 828 Stimmen, Landliste 568 288 Stimmen, 9 Mandate (7 und 2), Nat. Freiheitspartei 59 788 Stimmen, Nat. Wähler, Dt. 133 628 Stimmen, Partei der Arbeiter 46 975 Stimmen, Republikaner 45 775 Stimmen, Soz. Bd. 25 607 Stimmen, Deutsch-Österreichische Freiheitspartei 1 917 578 Stimmen, 32 Mandate (13 und 19), Bayer. Mittel, Bd. 5681 Stimmen, Volklicher Bund 9439 Stimmen, Parteiloze Wirtlich, Gr. 1847 Stimmen.

Insgesamt: 29 257 116 gültige Stimmen. Zahl der Mandate: 471 (384 und 137).

Der neue Reichstag.

Dr. Ernst Feder.

Heute in vierzehn Tagen tritt der Reichstag voraussichtlich zusammen. Ein neuer Reichstag. Auch ein erneuerter? Es entspricht den Regeln der Weisheit, daß die Parteien, die neu auf das Feld getreten sind oder ihren Bestand vermehrt haben, auch neue Männer in das Parlament entsenden. So werden außer den bereits bekannten und den freigebliebenen Aufschwüngen Lüdendorff, Fried und Böhm auch die übrigen Köpfe des Nationalsozialismus ins Parlament präferieren, neben den Herren Göttsch, Feder und Dr. Dinter auch Graf Reventlow und Dr. Koll, während ihr grimmigster Feind, der Feld von Gerdelen, im Reichstag nicht Platz nehmen wird, da die sämtlichen Stimmen der Deutschsozialen, entgegen der amtlichen Annahme, ausfallen. Der Staatssekretär Tirpitz kehrt als deutschnationaler Abgeordneter an die Spitze seines politischen Wirkens zurück, und ein Otto v. Bismarck gehört dem Deutschen Reichstag zum zweiten Male an, wenn auch der Fürst, der vor dreizehn Jahren aus dem Eisenhüttenkampf mit den Zigarrenarbeiter Schmalldorf heftig hervorgetreten ist, das Parlament als Abgeordneter niemals betreten hat. Auf kommunistischer Seite wird der Reichstag jetzt auch von den bekannten Vorkämpfern des preussischen Parlamentarismus unter der Führung der Herren Schöler und Koll bedroht. In den Parteien der Mitte, von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie, die sämtlich einbüßen erleben haben, tauchen nur wenig neue Köpfe auf. Dr. Erling, der bisher nur im Reichstagsparlament saß, gehört jetzt auch dem Reichstag an.

Von Demokraten treten Professor Bergsträsser, Professor Gerland und Dr. Heine in das Parlament. Gustav Schneider und Freyer v. Nischhofen, deren Wahl noch nicht sicher ist, haben der Nationalversammlung angehört. Bedauerlich ist, daß Schuder und Delius, die beiden hervorragenden Beamtenvertreter der demokratischen Fraktion, wenigstens vorläufig, dem Reichstag fernbleiben. Bahrt, Göttsch und Pachtel, um einige weitere zu nennen, scheiden nach langer, arbeitsreicher, parlamentarischer Wirksamkeit aus dem Reichstag. Bedauerlich ist, daß General v. Schönau sein Wahlkreis nicht hat überleben können, und daß im Wahlkreis Wotsdam II dem Chefredakteur Ruffke, der durch seine hervorragende Arbeit als Leiter des Wahlgeschäfts in dem demokratischen Stimmenerfolg in diesem Kreise wesentlich beigetragen hat, nicht die Erbringung des zweiten Mandats in diesem Kreise gelingen ist. Wir bedauern auch das Ausscheiden der volksparteilichen Abgeordneten Karvornil und Frau v. Scheimb. In der Zusammensetzung des Zentrums treten keine wesentlichen Veränderungen ein. Als neuer Mann erscheint Adam Röber, der frühere Konfessionar, der als Herausgeber der „Süddeutschen Korrespondenz“ seinen ehemaligen Parteifreunden viele bittere Wahrheiten gesagt hat. Im übrigen tauchen in den Mittelparteien die alten Gesichter fast alle wieder auf. Der Verjüngung des Parlaments, dem notwendigen Aufschwung kritischen Witzes, dem Anreiz für junge Persönlichkeiten, sich einen Wahlfreizeit zu erwerben, fehlt das System der übergroßen Wahlfreizeit im Wege. Im vorigen Reichstag scheiterte die Reform, weil sämtliche Fraktionen, mit Ausnahme der Demokraten, sich als glückliche Besitzer der Neuerung widersetzten. Hoffentlich nimmt der neue Reichstag diese Sache, die keine Parteiangelegenheit ist, sofort in die Hand.

Alle nicht, die wiederkehren, werden sich der Heimat freuen. Der neue Reichstag weist eine erheblich andere Zusammensetzung auf. Länger als bei früheren Wahlen besteht Unklarheit über das Endresultat. Auch das vorläufige amtliche Ergebnis, das wir heute früh mitgeteilt haben, enthält eine Reihe von Irrtümern. Insbesondere war die Zahl der Demokraten mit 24 zu niedrig angegeben. Gewiß sind 28 Demokraten. Wegen wir jetzt die neuesten amtlichen Zahlen zugrunde. Welche parlamentarischen Möglichkeiten ergeben sich dann? Hat die große Koalition eine Mehrheit? Die einzelnen Zahlen sind die folgenden:

| | |
|---|---------------------------------|
| Für die große Koalition: | Gegen die große Koalition: |
| Sozialdemokraten . . . 100 | Deutschnationale . . . 96 |
| Zentrum . . . 65 | Kommunisten . . . 62 |
| Deutschnationale . . . 44 | Deutschnationale . . . 32 |
| Demokraten . . . 28 | Bayerische Volkspartei . . . 16 |
| Mittelstand und Bayerischer Bauernbund . . . 10 | Sandbund . . . 9 |
| Bannerverein . . . 5 | |
| Insgesamt . . . 252 | |

Diese nicht sehr starke Mehrheit setzt also nicht nur die zuverlässige Stützung durch sämtliche Abgeordnete von Göttsch bis zu Erling, sondern auch die Hilfe von Bayerischen Bauernbund, Mittelpartei und Bannerverein voraus, die auch sachlich als Anhänger der von dem jetzigen Kabinett Marx-Erfemann befolgten Politik der Befreiung durch Opfer zu bezeichnen sind. Als zweite Möglichkeit bleibt der Reichstag für den die Verwirklichung der Deutschen demokratischen Partei selbstverständlich nicht in Betracht kommen kann. Auf die Deutschsozialen, die fast ganz Nationalismus und Schwerindustrie eingestellt Partei, kann als Mitglied einer solchen Koalition nicht gerechnet werden. Es sei denn, daß Dinter in Berlin kommandieren soll, wie er es in Weimar als Geschäftsführer tut. Oder, daß der Reichstagsleiter zur Unterstützung unter das deutschsozialische Joch oder zur Enternung gezwungen werden soll, wie das jetzt Herr

Das Ausland zu den Wahlen.

Beforgnisse in London.

Die Aussichten auf die Annahme des Dawes-Berichts. — Hoffnung auf die Einigkeit der Deutschnationalen. — Die Ursachen des Anwachsens der deutschen Reaktion: Die Torheit der Alliierten und die Politik Poincarés.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 6. Mai.

In ihrer Besprechung der Reichstagswahlen betonten die Morgenblätter, daß die extremen Nationalisten sich leichter, die Kommodoren besser abgegrenzt hätten, als erwartet werden konnte. Die Aufspaltung geht jetzt von den Deutschnationalen ab, die die Wahlen zu den Herren der Lage gemacht hätten. Denn wenn eine Koalition der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Volkspartei wohl auch fast genug wäre, um eine Regierung zu bilden, so hätten sie doch die dritte Mittelmeereschicht nicht aufbringen, die zu der gescheiterten Zusammenarbeit des Dawes-Berichts erforderlich ist. Auf die Ausführung des Dawes-Berichts aber kommt jetzt alles an. Die große Frage sei demnach, wie sich die Deutschnationalen verhalten. Die Antwort, die die heutigen Blätter hierauf erteilen, lautet, daß die Deutschnationalen trotz aller Bedenken und Schwankungen letzten Endes die Verantwortung nicht auf sich nehmen werden, das Wort der Sachverständigen und hiermit alle Friedenshoffnungen für Deutschland und Europa zu zerbrechen. Selbst die lauesten Chamaunisten werden zeigen, bevor sie die Gelegenheit ergreifen, ihr Land vor dem Zusammenbruch und Untergang zu retten. „Daily News“, „Die Deutschnationalen entbehren nicht des gelunden Meinungsändernden. Die Möglichkeit ihres Eintretens in eine Koalition ist nicht von vornherein ausgeschlossen. „Daily Mail“, „Daily News“ schreibt „Westminster Gazette“, werde die Antwort auf die Frage, ob der neue Reichstag den Dawes-Bericht annehmen werde, bejahend lauten. „Trotzdem man demnach fest annehmen sieht, an der Lage zu verbessern, so kann doch nicht gesagt werden, daß die Reichstagswahlen als besonders erfreulich betrachtet werden. Es hat wenig zu sagen, daß ein Hermetismus-Wort wie „Daily Mail“ die Deutschen Nationalen im Schlag ins Gesicht der Alliierten nennt. Schwermüdigkeit der sind die Worte, mit denen die „Times“ ihren Editorial beginnt: „Das Ergebnis der deutschen Wahlen ist keine Ermunterung für diejenigen, die auf eine baldige Regelung der Reparationsfrage gehofft haben. Der Erfolg der extremen Parteien war vorauszusehen; aber nicht und selbst etwas beunruhigt hat der Umfang des Erfolges.“ Das Blatt zieht hierauf noch die Bemerkung seiner Berliner Korrespondent an, daß die Köpfe des deutschen Volkes sich hiermit gegen den Dawes-Bericht ausgesprochen habe.

Nach „Westminster Gazette“ sei es zweifellos, daß die Wahlen die Lage eher kompliziere, als erleichtere. Der französische Premierminister könne jetzt in dem Ergebnis der Wahlen einen Grund finden, die Wahlen um das Ruhrgebiet noch tiefer anzusetzen, anstatt zu lockern. Diese Befürchtung auf eine ungünstige Wirkung auf die französische Politik findet sich auch in „Daily Chronicle“, der den Deutschnationalen rät, falls sie sich für die Annahme des Dawes-Berichts erklären sollten, dieses rasch zu tun, denn sonst werde der Erfolg der Deutschnationalen höchst wahrscheinlich einen ungünstigen Grund auf die französischen Wähler auslösen. Geradezu eine tragische Ironie würde es sein, wenn die Wahlen, wenn sie jetzt, wo die Alliierten plötzlich zur Verurteilung neigen, Deutschland die wiederbelebende Bewegung durch einen unvermeidlichen Ausbruch nationaler Inbezuglichkeit werden würde. Überall aber klingt die Warnung durch, daß Deutschland sein eigenes Grab grabe, falls es jetzt Unbesonnenheiten begeht. So schreiben die „Times“: Wenn die Deutschen aus persönlichen oder politischen Gründen das zu Ende mit jeder beliebigen zugrundeliegenden Haltung, das Deutschland dem Ruin entgegen werde. Auch deutlicher spricht „Morning Post“: Die Ablehnung der Sachverständigenberichte werde nicht nur eine Herausforderung Englands, sondern auch Amerikas sein und Deutschland würde sich sofort in der gleichen isolierten Lage befinden, wie in den Tagen, da es den uneingeschränkten U-Boot-Krieg erklärte. Die

Stärke der reaktionären Bewegung in Deutschland zeige schon jetzt, daß die Franzosen und Belgier wahrhaftig sein müßten, wenn sie ihre heutigen Forderungen aufgeben wollten, bevor sie andere und womöglich noch bessere bekommen hätten.

Die Gemütslage ist die, daß man das Wahlergebnis nicht für sehr erfreulich hält, doch man aber trotzdem auf die „Reinhardt“ der Deutschnationalen hofft. Die „Völkischen Blätter“, „Daily News“ und „Westminster Gazette“ sind hierbei so ehrlich anzuerkennen, daß die fünfjährige Luftkammer der Alliierten und die brutalen Maßnahmen Poincarés für das Anwachsen der deutschen Reaktion verantwortlich seien.

Pariser Kommentare.

Die Enttäuschung der Nationalisten. — Die Einwirkung der Ruhrbefreiung auf die Wahlen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 6. Mai.

Die französischen Kommentare zu den deutschen Wahlen lassen sich in zwei Gruppen teilen. Die Blätter, welche die Politik der Regierung unterstützen, vor allem die großen Informationszeitungen, sprechen die Ansicht aus, daß die jetzige Regierungskoalition im Reich sich nicht halten könne und daß die Annahme der Sachverständigen-Vorschläge gescheitert sei; die Oppositionsblätter behaupten, daß der Misserfolg der deutschen Mittelparteien durch die Politik Poincarés veranlaßt worden sei, doch aber die Ursache der Deutschnationalen und der Kommunisten nicht groß genug wären, um die notwendige Durchführung der Gesetze zu verhindern. „Die Parteien, aus denen bisher die Regierungen genommen wurden, sind am Schwelmen getroffen“, schreibt Robert de Jouvenel im „Ceuvre“. „Aber es wird jeder neuen Regierung schwer werden, sich entweder mit den Kommunisten oder mit der äußeren Rechte zu verständigen. Die Mittelparteien werden deshalb gezwungen, sich enger mit extremen Parteien zusammenzuschließen. Wir believe davon überzeugt, daß sich eine Zweidrittelmehrheit für den Sachverständigenbericht finden wird. Wenn der Plan von diesem neuen Reichstag angenommen ist, dann wird man zum ersten Male sagen können, daß wirklich das deutsche Volk seine Interessen zu einem Reparationsplan gegeben hat.“ Der Optimismus dieser Auffassung ist aber natürlich ziemlich vereinzelt. Den meisten anderen Blättern macht besonders der Erfolg der Kommunisten schwere Sorgen. Der „Matin“ schreibt: „Die Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung ist durch das Ergebnis der Reichstagswahlen vernichtet. Die Anhänger der Gewalt für die innere Politik und des Maximums in der äußeren Politik haben triumphiert. Man wird sagen, daß zwischen den Deutschnationalen und den Alliierten ein Interdikt gemacht werden müsse, aber diese Phantasie werden in der Praxis keine große Bedeutung haben. Wenn getrennt in Berlin der Leiter des Pressebüros den Berichterstatter auswärtiger Blätter gesagt hat, daß der Reichspräsident ein neues Sozialisten die Kabinett bilden übertragen werde, dann hat er einen Scheit gemacht. Es ist gewiss, daß die Kommunisten eine solche Regierung nicht dulden würden. Das wichtigste, vielleicht das einzige mögliche, ist eine Regierung mit deutschnationalem Programm, das für die Notwendigkeit der Stunde etwas Liberal aufgefärbt wird. Ein Abnicken dieser Art föhne auf die Anhänger der Volkspartei, der äußeren Rechte und wahrscheinlich des Zentrums rechnen. Dr. Erfemann wäre dann der Mann für eine solche Lösung. In jedem Falle aber dienen für alle deutsche Regierungen der Zukunft der Widerstand gegen den Versailles Vertrag die offizielle Politik sein, selbst wenn zunächst der Sachverständigenbericht angenommen würde. Die demokratischen Richtungen haben nicht bloß ihre Anhänger verlor, sondern sie haben an Einfluß und Ansehen eingebüßt. Lüdendorff und Tirpitz sind so ausgeprochene Persönlichkeiten, daß mit ihnen zu rechnen ist. Der Entel Bismarck bringt ihnen die Unterstützung des großen Namens und der großen Tradition. Dagegen können die verbrauchten Autoritäten der letzten Jahre schwer antworten. Aber wir dürfen die Tatsache nicht allzu trübselig nehmen.“

(Siehe auch Seite 2.)